

# Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.  
Gesamterwerbungsnummer 25 241  
Nur für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30. M., vierteljährlich 90. M.  
Die 1. Spalte 33 mm breite 7. - M., außerhalb Sachl. 8. - M. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsantrag, 1. und 2. Spalte die 2. Spalte 5. - M. Bezugsgebühren laut Tarif, Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung, Gesamtsumme 1,50 M., Gesamtsumme 2. - M.

Schriftleitung und Hauptverlag: Nachrichten Dresden.  
Märktenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neff & Neffhardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. - Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Konditorei Limberg**  
Prager Straße 10  
Eis - Eisgetränke

**Kakao**  
**Deutschschmeister**  
wirklich hervorragende Qualität  
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

**Muster-Ausstellung**  
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände  
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26  
Fernsprecher: 1831 und 2041

## Nur eine Anleihe von 1 Milliarde Dollar.

### Aufgabe des Planes einer großen Liquidationsanleihe.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“)  
Paris, 8. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter des Cablotgramme meldet über das Ergebnis der heutigen Sitzung des Bankierkomitees: Das Komitee ist nachmittags in derselben Atmosphäre freundschaftlichen Zusammengetretens und hat sich abends auf morgen nachmittags vertagt.

Es veranlaßt zuverlässig, daß der Plan einer großen Liquidationsanleihe von nun an ausgearbeitet ist. Es steht nur noch der Plan einer kleinen Anleihe von 1 Milliarde Dollar zur Diskussion. Die Bankiers versuchen, ihre Forderungen mit denen der französischen Regierung in Uebereinstimmung zu bringen. Es ist hier eine Grundlage für eine Transaktion vorhanden. Es ist möglich, daß von beiderseits wie auch von englischer Seite Konzessionen gemacht werden. Trotz dieser Annahmen bleibt man pessimistisch in den offiziellen französischen Kreisen in Bezug auf den Gesamtverlauf. Hinsichtlich der Stellungnahme Englands glaubt man in offiziellen englischen Kreisen, daß die Engländer immer noch versuchen, den Franzosen klar zu legen, daß der Gesamtvertrag ihrer Forderungen an Deutschland unberührt bleibe, da es sich nur darum handle, die Annuitäten zu vermindern, und zwar aus praktischen Gründen, d. h. Deutschland müsse ein großzügiges Moratorium erhalten.

Dieser Standpunkt werde von französischer Seite bekämpft. Man habe von der Bankierkonferenz nur einen schlichten Rat zu erbitten und könne infolgedessen keine Unzulänglichkeiten darin sehen, wenn die Bankiere ausnahmsweise, nachdem sie eine Art finanzieller „acht Gebote“ angedeutet hätten. Es wird hier jedenfalls bedauert, daß Morgan es nicht für nötig befunden hat, mit den offiziellen Stellen Frankreichs engeren Kontakt zu nehmen. Diese Haltung erfordert wahrscheinlich die Haltung Poincarés, das amerikanische Bankiers die näheren Akten in der Reparationsfrage anzusehen zu lassen. Morgan hielt das Studium dieses Materials für unerlässlich und hat durchblicken lassen, daß man den Erfolg der Verhandlungen erschwere, wenn man ihm hierzu nicht das Recht gebe.

### Amerikas Haltung zu den interalliierten Schulden.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“)  
Paris, 8. Juni. Man ist in französischen offiziellen Kreisen der Meinung, daß Amerika im Augenblick nicht geneigt sei, die Frage der interalliierten Schulden aufzugreifen. Man sehe in Amerika einer Regelung der französischen Schulden prinzipiell nicht abgeneigt gegenüber, jedoch wolle man, so wird wenigstens in hiesigen offiziellen Kreisen behauptet, von einer Regelung der englischen Schulden gegenüber Amerika unter Ausschuss der Reparation nichts wissen. Dies erschwere die Frage ganz außerordentlich, da eine Reihe der englischen Schulden mit den französischen ununtrennbar verknüpft seien und an eine Scheidung der Verpflichtungen im Augenblick nicht gedacht werden könne.

Die Entscheidung über die Diktuna Belgians dauert an. Der Pariser Berichterstatter des „Temps“ erklärt, daß man in belgischen offiziellen Kreisen der Meinung sei, daß die Reparationskommission und die alliierten Regierungen erst noch in der Lage sein würden, endgültig zu den Empfehlungen der Bankierkonferenz Stellung zu nehmen. Man verhehle sich in offiziellen belgischen Kreisen

nicht die große Gefahr, die darin bestehe, daß man verantwortungslos Sachverständige ermächtigt, evtl. eine Reduzierung der deutschen Schulden zu empfehlen.

### Eine Erklärung des amerikanischen Vertreters Bonden

Paris, 8. Juni. Nach einer Meldung des „New York Herald“ hat in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission, in der die Antwort an den internationalen Anleiheauschuss beschlossen wurde, der nichtstimmende amerikanische Vertreter Bonden sich an der Diskussion beteiligt, indem er eine kurze Erklärung des Inhalts abgab, daß das amerikanische Publikum es ungern sehen würde, wenn der Anleiheauschuss bei der Unterbindung der Reparationsfrage, wie er sie für nötig hält, in irgendeiner Weise beistünde. Diese Erklärung scheint auf alle Kommissionsmitglieder Eindruck gemacht zu haben. (B. Z. B.)

### Frankreich patriotisch, aber nicht geschäftsklug.

London, 8. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Zum ersten Male sei in der Reparationskommission in einer wirklich wichtigen Frage ein Mehrheitsbeschluss gefasst worden. Die Stellung Belgiens sei äußerst heikel gewesen. Man hoffe, daß die Bankiers zu einem Kompromiß kommen und daß die Gesamtschuld Deutschlands nicht ausgemacht werde. Dagegen solle die Bezahlung während eines Zeitraumes von 20 Jahren suspendiert werden. Wenn dieses Mittel angewandt werde, so sei es wahrscheinlich, daß Frankreich keine weiteren Einwendungen machen werde.

Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt: Der gegen die Franzosen angenommene Beschluss der Reparationskommission habe in Paris Ueberraschung, sogar Bestürzung hervorgerufen. Dieser Beschluss bilde einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Abschaffung der französischen Forderungen. „Daily Chronicle“ äußert in einem Leitartikel scharfe Kritik an der Haltung der französischen Regierung gegenüber dem Pariser Ausschuss. Es sei unverständlich, daß die Franzosen einen unerfüllbaren Reparationsvertrag mit den Reparationsmitgliedern vorzögen. Die Haltung der Franzosen sei vielleicht patriotisch, aber jedenfalls nicht geschäftsklug. Wenn das so weiter gehe, könne die deutsche Anleihe nicht verpflichtet werden, und Deutschland werde nicht in der Lage sein, die Verpflichtung, den Notenumlauf einzubringen, zu erfüllen. (B. Z. B.)

### Der eingehaltene englisch-französische Pakt.

London, 8. Juni. Wie das Meuter-Bureau erzählt, ist von britischer Seite keinerlei Initiative zur Wiedereröffnung der Verhandlungen wegen Abschlusses eines englisch-französischen Paktes ergangen worden. Es sei schon als ausgemacht angenommen worden, daß der Absicht des Paktes möglicherweise einer Regelung verschiedener mit Frankreich noch ungelöster Fragen folgen müsse. (B. Z. B.)

### Poincaré über Sachlieferungen und Sanktionen.

Paris, 8. Juni. Im Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten sprach Poincaré die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen betreffend die internationale Anleihe fortgesetzt würden. Bis zur Möglichkeit der Zahlung in Gold müsse Frankreich sich an Sachlieferungen gewöhnen. Ueber die Sanktionen erklärte der Ministerpräsident: In welcher Art man auch Sanktionen in Anwendung bringe oder nicht anwenden wolle, alle Maßnahmen seien jetzt offen worden, um Sanktionen verschiedener Art an dem Tage ergreifen zu können, an dem die Reparationskommission eine Verletzung Deutschlands feststelle.

### Ein neues Verbot der Interalliierten Militärkontrollkommission.

#### Die „gefährlichen Zivilhilfskräfte“.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 8. Juni. Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite soll die Interalliierte Militärkontrollkommission verboten haben, daß im Zivilverwaltungsdienst des Reiches Zivilhilfskräfte verwendet werden, die selbstständig tätig sind. Sie soll die Forderung gestellt haben, daß alle Zivilhilfskräfte, soweit sie nicht kriegsunbrauchbar oder stark kriegsbeschädigt sind, sofort zu entlassen sind.

### Französische Gewalttätigkeit gegen deutsche Offiziere.

Mainz, 8. Juni. Vor dem Kriegsgericht der Rheinarmee hatten sich hier 17 ehemalige aktive deutsche Offiziere, sämtlich in Wiesbaden wohnhaft, zu verantworten, weil sie als Mitglieder der Ortsgruppe Wiesbaden des früheren Offiziersbundes, entgegen einer Verordnung der Interalliierten Rheinlandskommission, im belgischen deutschen Gebiet einer Organisation angehört haben sollen, die mittelbar oder unmittelbar mit dem deutschen Kriegsministerium oder anderen militärischen Dienststellen in Verbindung stehe. Das Gericht verurteilte nach fünfständiger Verhandlung den Major Georg Jürgens als verantwortlichen Leiter zu 3 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, den Oberleutnant Heinrich Graf zu 4 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, ferner den Hauptmann Heinrich Otto und den Oberleutnant Heinrich Humann zu je 1 Monat Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten erhielten je 2000 M. Geldstrafe. (B. Z. B.)

### Der Hindenburg-Besuch in Königsberg eine politische Veranstaltung!

#### Teilnahmeverbot für Reichswehrangehörige. - Uniformverbot für ehemalige Offiziere.

Königsberg, 8. Juni. Im Anschluß an eine Reise durch das Kaiserreich im Süden von Danemark, die unter General Antikamper der Bevölkerung verlaufen ist, hält sich Generalleutnant v. Hindenburg am kommenden Sonntag abend und Sonntag in Königsberg auf. Bei dieser Gelegenheit sind von Vereinen und Verbänden eine Reihe von Vereinstreffen geplant. Das Wehrkreiskommando von Königsberg gibt aus diesem Anlaß bekannt, daß nach Erlaß des Reichswehrministeriums vom 7. Juni alle Veranlassungen zu Ehren Hindenburgs am 10. und 11. Juni in Königsberg von den zuständigen Behörden der Reichs- und preussischen Staatsbehörden als politisch im Sinne des Wehrgesetzes erklärt werden sind. Sämtlichen Mitgliedern der Reichswehr wird die Teilnahme an diesen Vereinstreffen daher verboten. Ehemalige Angehörige der bewaffneten Armee dürfen zu den Veranstaltungen nicht in Uniform erscheinen.

Ein beachtenswertes Beispiel, wie die sogenannte deutsche Volksregierung Deutschlands großen Vorkämpfer dankt.

### Die Uebergabe Oberschlesiens.

Paris, 8. Juni. „Welt Jour.“ glaubt mitteilen zu können: Wegen dem 11. Juni würde der Interalliierten Kommission in Oberschlesien mitgeteilt werden, daß die Verwaltung der Abtretungsgebiete an Deutschland und Polen übergeben werden soll. Infolgedessen werde binnen Monatsfrist, vom 11. Juni ab, die Zurückziehung der verbündeten Truppen aus Oberschlesien vorgenommen werden.

### Der Anschlag auf Scheidemann.

Es ist, als ob das deutsche Volk auch innerpolitisch nicht zur Ruhe kommen sollte. Doch geben die Wellen der Erregung und Entrüstung über den Anschlag gegen den Kasseler Oberbürgermeister, den irgendein in verbrecherischer Rücksichtslosigkeit besangener Hisslop, ein Verführer vielleicht, ein von persönlicher Rachsucht angeleiteter Vandal — wer weiß das alles bis zur Stunde? — begangen hat. Und wenn sich diese Erregung nur gegen die Tat und den Täter richtete, so dürfte sich jeder mit Recht darüber freuen, daß im deutschen Volke so viel Achtung vor der Unantastbarkeit des Menschenlebens, so viel sittliche Tatkraft steckt, die einen Akt seiner Bosheit mit einstimmiger Empörung ablehnt und brandmarkt. Denn das ist das Attentat auf Scheidemann nun einmal gewesen, ein feiger, aus dem Hinterhalt begangener Angriff mit einer feigen, abscheulichen Waffe, die in der Kriminalgeschichte so leicht nicht ihresgleichen findet. An einer Wagnisaktion tritt der Attentäter von hinten an den ahnungslosen Spaziergänger heran und spritzt ihm, als er sich umdreht, flüssiges Gift ins Gesicht, um dann in langen Sägen davonzutreten. Kann man sich einen heimtückischeren Mordversuch denken? Wohl kaum. Eine solche Tat, gleichviel von wem und an wem sie begangen wurde, muß auf das Schärfste verurteilt werden. Denn jede Verschönerung und Entschuldigung würde nur zu weiterer Verwirrung und Verwilderung unserer Volksmoral beitragen und würde letzten Endes der Auflösung aller Sicherheit und aller Sitten Vorschub leisten. Aber je schonungsloser man unter diesen Gesichtspunkten die Tat verurteilt, desto bestimmter darf auch verlangt werden, daß sie nicht ohne allen Anlaß und ohne alle Anhaltspunkte von interessierten Kreisen zu einem politischen Agitationsmittel umgewandelt und zu einem politischen Mordversuch gestempelt wird. Solange keine eindeutigen Feststellungen unterliegen für die Behauptung des politischen Attentats erbracht haben, solange überhaupt nicht einmal die Person des Täters, geschweige denn seine Motive einwandfrei festgestellt sind, ist das Verbrechen, die Tat zuzugunsten eines Volksteils und einer bestimmten Partei auf das politische Gebiet hinüberzuziehen, ebenso feige und verächtlich, wie der Anschlag selbst. Die Giftspitze, die sich bei übertragenem Sinne durch einzelnen richtete, wird hier in übertragenem Sinne durch die heberische Gewissenlosigkeit inkontinentaler Agitatoren gegen Volksteile gefehrt, die eines anderen politischen Glaubens, aber mit derselben Ruhe und Ahnungslosigkeit wie der Oberbürgermeister Scheidemann auf dem Wege nach Wilhelmshöhe, ihre Strafe dahinjahren. Unerwartet an einer Begegnung werden sie auf einmal von einer Klaffen der, drohenden Meute angegriffen und mit der überrollenden Tatsache bekannt gemacht, daß sie schuld seien an der Untat irgendeines Verirrten, daß sie diese Tat von langer Hand vorbereitet hätten, daß einer der ihren sie ausführte, und daß das ganze Verbrechen um so schwerer ins Gewicht fiel, weil es sich „gegen die Republik“ richtete. In dieser und ähnlicher Tonart füllen Dunderer von sozialistischen Blättern und Blättchen augenblicklich ihre Spalten.

Wäre die gesamte Situation und der Kern, der in diesen Verdächtigungen steckt, nicht zu ernst, man müßte laut auf-lachen. Die Leute, denen das Wohl ihres Landes am Herzen liegt, für die Vaterlandsliebe und treues Festhalten an historischem Fortkommen trotz aller Anpöbelungen noch immer kein leerer Schall geworden sind, sollen dem Attentäter von Wilhelmshöhe gewissermaßen die Giftspitze in die Hand gedrückt haben? Gerade diejenigen, deren Zehn-sucht nach einem straff disziplinierten Staatswesen geht, in dem Ordnung und Sicherheit herrschen, sollen der Erregung dieses ihres Zieles selbst Abbruch getan haben, indem sie zu einer Tat anstifteten, die Unruhe und Erregung mit sich bringen mußte, die Verwirrung und Unordnung schaffen mußte? Eine solche Einschätzung ist so widersinnlich und so oberflächlich, daß sie selbst der schärfste Mann aus dem Volke bei einiger Ueberlegung nicht mitmachen wird. Und warum sollen gerade die deutsch und deutschnational empfindenden Bevölkerungskreise und ihre Parteien das Attentat auf dem Gewissen haben? Weil sie antirepublikanisch gesinnt sind und angeblich die Republik hassen wollen? Und wenn diese törichte Unterschlebung von staatsbürgerlichen Absichten der Deutschnationalen zu Recht bestünde, ist denn Scheidemann die Republik? Steht er nicht seit langem ab-seits der großen Politik, ohne alle Aussicht, dahin in abseh-barer Zeit zurückzukehren? Gewiß, er war einmal seltener Staatssekretär und brachte es fertig, trotzdem den Staatsreich im November 1918 zu fördern; er war auch einmal Kanzler und sprach am 12. Mai 1919 von jener be-rühmten Hand, die verdorren müßte, wenn sie das Reich-wort von Versailles unterschreibe. Aber das sind doch alles keine Anlässe, die einen leichtlich besonnenen Menschen dazu treiben könnten, gegen diesen Mann, nachdem er in der We-dungslosigkeit der dreien Menge untergetaucht ist, die Giftspitze zu zücken in der Hoffnung, daß damit der Sturz der Republik gefördert würde. Wenn Scheidemann das unglückliche Opfer des freventlichen Anschlages geworden wäre, dann würde sich durch dieses Verbrechen auch nicht